

24.03.2011

## Es bleibt bei Sonntagsruhe

Einzelhandel Parlament lehnt großzügigere Öffnungszeiten ab

POTSDAM

Wer sonntags spontan ein Paar Schuhe kaufen will, wird es in Brandenburg weiterhin schwer haben. Die Ladenöffnungszeiten an Sonntagen werden nicht erweitert. Einen darauf abzielenden Gesetzentwurf der **FDP-Fraktion** lehnte der Landtag gestern mit klarer Mehrheit ab. Das geltende Gesetz sei erst zum Jahresbeginn in Kraft getreten und entspreche den Erfordernissen des Landes, sagte der SPD-Abgeordnete Detlef Baer. Er wie auch Ursula Nonnemacher von Bündnis 90/Die Grünen lehnten Verkaufszeiten rund um die Uhr ab.

Der **wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Raimund Tomczak**, berief sich bei seinem Anliegen auf Forderungen von Händlern und kommunalen Verbänden. Weder die gegenwärtigen Öffnungszeiten noch die genehmigten Warengruppen in Kur-, Ausflugs- und Erholungsorten werde den Bedürfnissen von Touristen gerecht, begründete die **FDP** ihren Vorstoß. So sei es in der Regel nicht möglich, an Sonntagen Bekleidung, Schuhe, Lederwaren oder Kosmetikartikel zu erwerben. Der Fremdenverkehr sei aber ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mecklenburg-Vorpommern mache vor, wie sich solche Dinge sinnvoll regeln lassen.

Der CDU-Abgeordnete Dierk Homeyer plädierte für mehr Flexibilität in den Kommunen. Am Vortag hatten Potsdamer Einzelhändler im Landtag 3500 Unterschriften übergeben, um großzügigere Öffnungszeiten zu erreichen. Vor Geschäften in der Innenstadt werden die Kunden auf die verordneten Einschränkungen aufmerksam gemacht. Sozialminister Günter Baaske (SPD) wandte sich gegen eine "radikale Änderung" des geltenden Gesetzes, bot jedoch Interessengruppen wie Händlern, Kirchen und Gewerkschaften Gespräche an. Immerhin könnten schon jetzt bei besonderen Anlässen an bis zu sechs Sonntagen im Jahr Verkaufsstellen ohne Beschränkung des Warenangebots geöffnet werden, sagte Baaske. In 250 Ausflugs- und Erholungsorten stehe sogar an bis zu 40 Sonn- und Feiertagen ein eingeschränktes Warensortiment zur Verfügung. Ladeninhaber, die aufgrund von Kontrollen der Ordnungsämter verunsichert seien, sollten mit den Verwaltungen nach Lösungen suchen. dpa/MAZ